

Dieter Hausold
Landesvorsitzender

**Referat auf dem 8. Landesparteitag der PDS Thüringen/
27./28. November 2004 in Suhl**

**Liebe Genossinnen und Genossen,
Sympathisantinnen und Sympathisanten,
verehrte Gäste,
liebe Suhlerinnen und Suhler,**

die 1. Tagung unseres 8. Landesparteitages ist im CCS Suhl zu Gast, in einer Stadt also, in der die PDS die stärkste Fraktion im Stadtrat stellt. Ina Leukefeld konnte hier bei den Landtagswahlen eines von insgesamt fünf Direktmandaten für die PDS gewinnen.

Diese Ergebnisse, wie unser gutes Abschneiden bei den Wahlen dieses Jahres überhaupt, verdeutlichen: Die Verantwortung der PDS in Thüringen ist enorm gestiegen. Unsere Wählerinnen und Wähler und darüber hinaus viele weitere Menschen im Land, die von den Auswirkungen der vorherrschenden Politik gravierend negativ betroffen sind, haben große Erwartungen an uns.

Diesen Erwartungen gemäß unseren Wahlaussagen gerecht zu werden, darin besteht die Herausforderung, in der wir stehen.

Gerade in den vergangenen Monaten haben sich tausende PDS -Mitglieder überall im Land, die Mitglieder des Landesvorstandes und der Gebietsvorstände, unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie die 28 PDS Landtagsabgeordneten an den Protesten gegen den Sozialraubbau durch die von der SPD/Grünen-Bundesregierung initiierte Hartz IV-Gesetzgebung beteiligt.

Sie haben damit im wahrsten Sinne des Wortes demonstriert:

Für die PDS ist und bleibt die soziale Frage der Mittelpunkt ihrer Politik.

Wir werden uns nicht damit abfinden, dass die Unterschiede zwischen arm und reich in diesem Land immer größer werden, dass die Einkommen aus Kapital geradezu explodieren, während Löhne stagnieren beziehungsweise immer weiter gedrückt werden, dass der Sozialstaat demontiert wird und Kultur und deren Aneignung zunehmend vom Geldbeutel abhängen.

Wir wollen keine Gesellschaft, in der alles unter Rechtfertigungszwang gestellt wird, was sich nicht auf der Stelle und aus sich selbst heraus rechnet.

Anrede!

Es gab und gibt nicht wenige Versuche, die Bündnisse und Initiativen des Protestes gegen Hartz IV zu diskreditieren und als ewig Gestrige abzutun.

Nicht selten wurde diesen Zusammenschlüssen unterstellt, sie wären von der PDS unterwandert und instrumentalisiert.

Offensichtlich sind politisch Verantwortliche wie Schröder und Althaus nicht in der Lage zu erkennen - und oder zu akzeptieren, dass ihre eigene Politik Zehntausende von sich aus dazu veranlasst hat, öffentlich Kritik zu üben. Gerade vierzehn Jahre nach dem Scheitern der DDR sollten die Regierenden in Bund und Land darüber nachdenken, wohin die Missachtung von Kritik der Bevölkerung auf Dauer führt, anstatt neue Feindbilder zu kreieren und so zu tun, als wären die Menschen nicht in der Lage, ihre angeblich so gute Politik zu verstehen.

Wir sagen erneut und insbesondere auch in Auseinandersetzung mit unserer Geschichte für uns ist mehr Demokratie, sind mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger der rote Faden

unserer Politik.

Die Möglichkeit des Protestes gehört zu den demokratischen Grundrechten.

Wir werden ihn stets unterstützen, wenn er sich gegen ein politisch verordnetes Armutsprogramm richtet und nichts anderes ist Hartz IV.

An dieser Stelle möchte ich bekräftigen: Die Menschen in Ostdeutschland haben sich 1989/90 wesentliche Freiheitsrechte selbst erstritten. Für uns und ich denke für die meisten Ostdeutschen sind jedoch auch die sozialen Menschenrechte unverzichtbare Grundlagen für Freiheit und ein selbstbestimmtes Leben aller.

Dafür werden wir auch weiter mit Entschiedenheit eintreten.

Anrede!

Die PDS-Landtagsfraktion hat sich im Parlament entschieden mit der unsozialen Politik der Landes- und Bundesregierung auseinandergesetzt. Wie nicht anders zu erwarten, lehnte die Mehrheit des Thüringer Landtags im September den Antrag der PDS auf eine Bundesratsinitiative zur Aussetzung von Hartz IV und damit wenigstens der Nachbesserung der gravierendsten Einschnitte ab.

Trotz der ausgedehnten Proteste und der durch die PDS in allen ostdeutschen Landtagen initiierten Alternativvorschläge gelang es letztlich nicht, zu verhindern, dass die Hartz IV Gesetzgebung ab Januar 2005 in Kraft tritt. Erstritten werden konnte allerdings die Auszahlung des Arbeitslosengeldes II bereits im Januar und die Anhebung des skandalös niedrigen Vermögensfreibetrages für Kinder.

Für die PDS Thüringen kommt es in dieser Situation darauf an, die prinzipielle Auseinandersetzung mit dem dramatischsten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik noch wirksamer zu führen und zugleich unsere Alternativen zu diesem Kurs weiter zu entwickeln und noch wirksamer öffentlich zu Debatte zu stellen.

Der PDS liegen bekanntlich erste Ergebnisse eines Gutachtens vor, wonach Hartz IV in mindestens sieben Punkten als verfassungsrechtlich bedenklich angesehen werden muss.

Unter anderem sind das die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe, die Aufnahmen von Arbeitsgelegenheiten gegen den Willen der Betroffenen („unzulässiger Arbeitszwang“), die Verkürzung der Anspruchsdauer von Arbeitslosengeld I und die Datenerfassung der Fragebögen.

Hartz IV muss weg dieser politischen Anspruch bleibt bestehen aber es geht um mehr.

Anrede!

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen wird die Notwendigkeit eines politischen Richtungswechsels immer deutlicher. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit in Thüringen hat sich weiter verfestigt. Sie steigt seit 1990 dem Beginn der CDU-Alleinregierung stetig an. Gegenwärtig sind 190 000 Menschen in Thüringen arbeitslos. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen stieg in dieser Zeit um sage und schreibe 60 Prozent im Herbst 2004 waren es weit über 80 000 Menschen.

Täglich gehen in Thüringen im Durchschnitt 40 versicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren. Seit 1999 gingen in Thüringen zirka 100 000 solcher Arbeitsplätze verloren, während die Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik im gleichen Zeitraum von 162 Millionen auf 43 Millionen gekürzt wurden.

Es ist unverständlich und vor allem verantwortungslos, dass die Landesregierung angesichts dieser Entwicklung ihr skandalöses „Weiter so, wir sind auf gutem Wege“, Tag für Tag wiederholt.

Wir sagen - eine andere Politik ist möglich und wir unterbreiten dazu konkrete Vorschläge. Dies betrifft

am vordringlichsten den weiteren Umgang mit den Folgen von Hartz IV.

Schon jetzt und noch stärker ab dem Januar 2005 wird es für uns darauf ankommen, die Umsetzung der neuen Gesetzgebung kritisch zu begleiten und gemeinsam mit den Betroffenen wenigstens dafür zu sorgen, dass deren Rechte und Möglichkeiten voll zur Geltung kommen.

Lasst mich dazu auf einige Beispiele eingehen.

Besondere Beachtung widmet der Gesetzgeber den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen unter 25 Jahren, indem er deren sofortige Vermittlung in Arbeit, Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit festschreibt.

Reihenfolge ist für uns hier Rangfolge.

Mit anderen Worten: Wir müssen genau darauf achten, dass zuerst Ausbildung, Berufsvorbereitung oder anderweitige Qualifizierung angestrebt wird. Die Vermittlung in eine Arbeitsgelegenheit darf hier nur die allerletzte Möglichkeit sein.

Das Thema „Arbeitsgelegenheiten“ umgangssprachlich meist als „1-Euro-Jobs“ bezeichnet bedarf unserer besonderen Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung. Wir sind der Auffassung, dass die Mittel aus Hartz IV gebündelt werden müssen, um versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Mit den 1-Euro-Jobs wird kein Arbeitsverhältnis begründet und Arbeitnehmerrechte werden ausgehebelt. Der zumindest indirekte Arbeitszwang ALG-II-Empfänger sind von Leistungskürzungen betroffen, wenn sie eine Arbeitsgelegenheit ablehnen - kann von uns nicht akzeptiert werden.

Diese Jobs werden reguläre Beschäftigungsverhältnisse gefährden und die Ausweitung von Billiglöhnen mit sich bringen.

Dazu kommt, dass sie für eine große Zahl von Menschen Armut vorprogrammiert, weil diese „1-Euro-Jobs“ bei ALG-II-Empfängern zu keinen neuen Leistungsansprüchen führen.

Andererseits ist durchaus verständlich, dass Menschen, die schon lange ohne Arbeit sind und nun in Hartz IV genötigt werden, sich an diesen Strohalm und den geringen Zuverdienst klammern müssen. Deshalb und im Interesse der Betroffenen müssen wir bei der Umsetzung in den Arbeitsgemeinschaften und den optierenden Städten und Landkreisen vor allem auf folgende Dinge achten:

Die angebotenen Arbeitsgelegenheiten müssen **zusätzliche gemeinnützige Arbeiten** zum Inhalt haben, sie dürfen eben keine regulären Beschäftigungsverhältnisse verdrängen.

Es muss das **Prinzip der Wahlmöglichkeit** durchgesetzt werden. Der Betroffene muss aus mehreren Angeboten auswählen können. Seine **Interessen und Fähigkeiten sind zu berücksichtigen**.

Bei den entsprechenden Maßnahmen sollte auf ein Qualitätsmanagement bestanden werden, um sinnlose Beschäftigungen zu vermeiden.

Innerhalb der Arbeitsgemeinschaften (und der optierenden Gemeinden) müssen Widerspruchsstellen für die Betroffenen eingerichtet werden.

Es sollte eine regelmäßige Berichterstattung gegenüber den kommunalen Vertretungskörperschaften eingefordert werden.

Dies betrifft auch die Information durch die jeweiligen Träger, wie viele Betroffene entsprechend einer Forderung des Gesetzes nach Ablauf der Arbeitsgelegenheit in eine reguläre Beschäftigung übergehen.

In diesem Zusammenhang ist es ausgesprochen wichtig, dass in den vorgesehenen Beiräten möglichst alle betroffenen Seiten vertreten sind, um Transparenz und Kontrolle gerade in den von mir genannten Fragen jederzeit zu gewährleisten.

Es liegt auf der Hand, dass es für die Thüringer Landespolitik dringenden Handlungsbedarf zur aktuellen

Situation gibt.

Die Landesregierung sieht allerdings keinen Handlungsbedarf. Im Gegenteil, sie verschärft die Lage noch, indem sie sich aus der Verantwortung für eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Prinzip völlig verabschiedet.

Wir fordern dagegen mit Nachdruck ein stringentes Konzept für eine Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Thüringen, die den veränderten Bedingungen ab Januar 2005 gerecht wird.

Einen entsprechenden Antrag haben wir bereits in den Landtag eingebracht.

Anrede!

Die Thüringer PDS kann in die aktuellen politischen Auseinandersetzungen mit gewachsenem politischen Gewicht eingreifen. Die guten Wahlergebnisse dieses Jahres wurden letztlich auch möglich, weil der Landesvorstand bereits vor mehr als zwei Jahren unter dem Titel „Das Jahr 2004 in den Blick nehmen“ die Prioritäten für unser politisches Herangehen setzte.

Es ist uns davon ausgehend gelungen, landespolitische Schwerpunkte zu setzen und sich auf diese bei der Erarbeitung des Landtagswahlprogramms und in der öffentlichen Vermittlung von PDS-Politik auch wirklich zu konzentrieren.

Unsere Wahlstrategie und unser gesamtes politisches Agieren waren darauf gerichtet, die prinzipielle Kritik an der Politik zur immer stärkeren Bevorteilung der Großkonzerne und Banken sowie der Reichen und Vermögenden und der Verabschiedung aus dem Sozialstaatsprinzip mit konkreten und mehrheitlichen politischen Willen vorausgesetzt machbaren Vorschlägen und Alternativen zu verbinden.

Schließlich haben wir in den zurückliegenden zwei Jahren deutlicher denn je unter Beweis gestellt, dass **die Thüringer PDS über Politikerinnen und Politiker verfügt, die sachkundig, engagiert und in engem Kontakt mit den Menschen im Land für einen politischen Richtungswechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit streiten.**

Diese Arbeitsweise hat wesentlich dazu beigetragen, dass Landesvorstand, Landtagsfraktion und Gebietsverbände nicht nur an dem sprichwörtlichen einen Strang, sondern auch in die gleiche Richtung zogen.

Diese Arbeitsweise bildet den Hintergrund dafür, dass wir unser politisches Profil als sozialistische Partei schärfen konnten. Wir haben dies zeigen nicht zuletzt die Wahlergebnisse an Glaubwürdigkeit gewonnen. Und nicht zuletzt davon zeugt der engagierte Wahlkampf im gesamten Landesverband konnten mit diesem Herangehen die Motivation tausender Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie der zahlreichen Kandidatinnen und Kandidaten nach der Wahlniederlage bei den Bundestagswahlen zurückgewonnen werden.

Deshalb sollten wir auf diesem Parteitag vor allem auch darüber debattieren, wie wir diesen Weg erfolgreich fortschreiben können.

Der Landesvorstand hat seine Vorstellungen dazu im Antrag „Das Jahr 2006 in den Blick nehmen“ wobei es eben nicht nur um das Datum, sondern vor allem um Inhalt und Methode geht unterbreitet.

Anrede!

Der Wahlerfolg der PDS bei den Bundestagswahlen 2006 wird uns nicht in den Schoß fallen. Die Fragen nach der Weiterentwicklung unseres politischen Profils, nach unserer Glaubwürdigkeit und hinsichtlich der Motivation für engagiertes politisches Handeln stellt sich erneut.

Die Herausforderungen des Jahres 2006 sind dabei ohne Zweifel noch wesentlich größer als in diesem Jahr.

Was bedeutet es, unser politisches Profil weiter zu schärfen?

Dabei bleibt für uns soziale Gerechtigkeit das wichtigste Markenzeichen und Anliegen unserer Politik.

Darin liegt begründet, dass existenzsichernde Arbeit, der Zugang zu Bildung und die Ausweitung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger für uns vordringliche politische Ziele in Thüringen bleiben.

Die sozialen Auswirkungen der Politik der Bundes- und Landesregierung sind allgegenwärtig. Diese Politik wird jedoch auch ökonomisch nichts von all dem halten, was sie verspricht.

Die viel beschworene Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen ist nicht unsere Hauptproblem schließlich ist Deutschland Exportweltmeister. Gravierend ist allerdings die stagnierende und zum Teil rückläufige Binnennachfrage. Diese negative Entwicklung wird durch Bundes- und Landesregierung noch verschärft. Die niedrigsten Schätzungen zum Kaufkraftverlust durch Hartz IV in Thüringen im Jahr 2005 liegen bei 180 Millionen Euro, die höchsten sogar bei 300 Millionen Euro. Dadurch stehen weitere Arbeitsplätze auf der Kippe.

Während die großen Unternehmen in Deutschland immer weiter rationalisieren und damit Arbeitsplätze abbauen trotz zurückhaltender Lohnentwicklung und meist bei Verzicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf soziale Standards verschlechtern sich Förder- und Rahmenbedingungen von klein- und mittelständigen Unternehmen und wird deren Auftragslage aufgrund der allgemeinen Situation immer schwieriger.

Wir sagen daher: Eine Initiative gemeinwohlorientierter Arbeit in Thüringen wird immer dringlicher.

Wir benötigen eine Evaluation der vorhandenen Förderrichtlinien des Landes und deren Verknüpfung mit den Beschäftigungsprogrammen der EU, um endlich damit zu beginnen, Massenarbeitslosigkeit zielgerichtet abzubauen.

Es geht uns um Initiativen zum Erhalt beziehungsweise zur Wiedergewinnung von bedarfsgerechtem Fachpersonal.

Die Unterstützung und Stärkung kommunaler Beschäftigungsgesellschaften, von Arbeitslosenhilfeeinrichtungen und sozialen Wirtschaftsbetrieben in Umsetzung der vorhandenen Richtlinie als Träger öffentlich geförderter, gemeinwohlorientierter Arbeit ist unter den gegebenen Bedingungen zwingend notwendig.

Wir bleiben bei der Forderung nach Einführung einer Sozialpauschale, die in Verantwortung der Kommunen gemeinsam mit der vorhandenen Trägerstruktur bedarfsgerecht zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur eingesetzt werden soll.

Dabei geht es unter anderem um Seniorentreffs, Sozialberatungsstellen, Bürger- und Stadtteiltreffs, Gesundheits- und Frauenzentren.

Wirtschaftspolitisch bleiben wir bei unserem Ziel, ein Innovationsförderprogramm unter besonderer Berücksichtigung der kleinen- und mittleren Unternehmen zu entwickeln.

Dabei, wie auch bei einer notwendigen Infrastrukturoffensive im Land, geht es einerseits um die Berücksichtigung der geringen Eigenkapitalausstattung der Unternehmen, vor allem aber um bessere Rahmenbedingungen für diese Unternehmen.

Die finanzielle Basis der KMU wollen wir vor allem durch mehr stille Beteiligungen der öffentlichen Hand, durch die Gewährung zinsloser Darlehen mit der Möglichkeit der Umwandlung in Zuschüsse und durch eine flexiblere Besteuerung in Abhängigkeit von der Eigenkapitalausstattung stärken.

Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und der Entsorgungsbedingungen, vor allem aber auch der Erhalt und Ausbau von Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, stellen wesentliche Rahmenbedingungen für

bestehende Unternehmen und ebenso für Neuansiedlungen dar.

Anrede!

Die bekannt gewordenen Fakten einer weiteren Pisa-Studie haben die Debatte um das Bildungssystem in Deutschland weiter forciert. Die Thüringer CDU-Landesregierung propagiert auch auf diesem Gebiet ihr „Weiter so“.

Nicht einmal die Tatsache, dass wir nun mehr als deutlich bescheinigt bekommen, dass die Kinder von Arbeitern und sozial schwächeren Familien durch unser Schulsystem besonders benachteiligt werden, lässt bei der CDU etwas in Bewegung kommen.

Die Thüringer PDS hat bereits auf ihrem Parteitag vor vier Jahren in Saalfeld auf dringende notwendige Veränderungen im Bildungssystem aufmerksam gemacht.

Wir konstatierten schon damals, dass wir eine Entwicklung zu längerem gemeinsamen Lernen benötigen.

Heute wird das von verschiedenster Seite und mit sehr sachlichen und fundierten Begründungen geteilt. Allein die Thüringer Landesregierung und Herr Althaus scheren sich darum einen feuchten Kehrriech.

Das ist eben keine Politik für die Zukunft, sondern eine Politik, die soziale Selektion über Chancengleichheit des einzelnen und das Gemeinwohl unseres Landes stellt.

Diese gefährliche Ignoranz kann uns nur darin bestärken, gemeinsam mit weiteren Partnern die Initiative für längeres gemeinsames Lernen weiter zu tragen und ein Volksbegehren für eine Bildungsreform in Thüringen zu initiieren.

Es geht darum, die gesellschaftliche Basis und Akzeptanz für ein solches Volksbegehren weiter zu verbreitern. Wir brauchen in diesem Zusammenhang eine generelle Diskussion über Qualität von Schule, das soziale Umfeld von Schule und deren materiellen und technischen Voraussetzungen sowie zur Qualität der Aus- und Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen.

Wir gehen gegenwärtig davon aus, dass ein Volksbegehren für längeres gemeinsames Lernen im Jahr 2006 realisiert werden kann. Im kommenden Jahr wollen wir ein Schulgesetz erarbeiten und dieses einer breiten Öffentlichkeit zur Diskussion unterbreiten.

Anrede!

Der Umgang der Landesregierung mit der sogenannten „Hortkommunalisierung“ zeigt erneut die Konzeptions- und Verantwortungslosigkeit der Landesregierung in der Bildungspolitik. Auch uns erreichten zahlreiche Proteste von Horterzieherinnen und Elternvertretungen, die ich namens der Thüringer PDS nur unterstützen kann.

Dabei unterstützen wir durchaus die Vielfalt außerunterrichtlicher Konzepte, bei denen Hortprojekte in freier Trägerschaft erfolgreiche pädagogische Arbeit leisten.

Die Landesregierung, der in dieser Angelegenheit zusätzlich zu ihren unausgegorenen Überlegungen noch eine katastrophale Informationspolitik bescheinigt werden muss, hat offensichtlich reine Kostenersparnis für das Land im Sinn.

Wichtig ist jedoch, die Bildung auch im außerschulischen Bereich zu qualifizieren – auch das zeigen uns internationale Vergleiche.

Dies wird vor allem von den Horten getragen und deshalb genießt ihre Entwicklung für uns eine hohe Priorität.

Anrede!

Die Proteste und Kritiken der vergangenen Wochen machen deutlich: Viele Menschen wollen ihre eigenen Vorstellungen in die Entwicklung von Politik, Verwaltung und Gesellschaft einbringen. Vielerorts haben sich soziale Initiativen und Runde Tische der sozialen Verantwortung neu gebildet. Andere, bereits bestehende Zusammenschlüsse haben ihre Arbeit intensiviert. Sie alle geben das Signal, die als notwendig erkannten gesellschaftlichen Veränderungen mitzugestalten.

Die PDS ist Teil dieser Entwicklung und hat als politische Partei, als deutlich gestärkte Opposition im Thüringer Landtag eine spezifische Verantwortung. Dies trifft noch stärker für die kommunale Ebene zu, wo wir vielfach die stärksten Fraktionen stellen, wo Bürgermeister und Dezernenten mit PDS-Mandat verantwortliche Arbeit leisten.

Auf beiden Ebenen steht die PDS für „Mehr Demokratie“, für mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an den sie unmittelbar betreffenden Angelegenheiten.

Dabei wird immer deutlicher, dass es die Bürgerinnen und Bürger selbst sind, die Fragen nach der Effizienz von Politik, Staatsaufbau und gerade auch der örtlichen Verwaltungen stellen.

Was die Landesregierung hier an Antworten zu bieten hat, konnten wir seit der Regierungserklärung von Herrn Althaus im September mehrfach feststellen.

Ein bisweilen chaotisches Hin- und Herschieben innerhalb der Ministerien, bis jeder wieder einen Sessel hat sowie wahllose Kürzungen bei Ämtern in verschiedenen Regionen des Landes, ohne mit den Betroffenen überhaupt ins Gespräch zu kommen. Allein schon die völlig übers Knie gebrochene Veränderung von Gerichtsstandorten macht deutlich, wie sehr hier mit der heißen Nadel gestrickt wird.

Schon wenige Gespräche mit Sachkundigen lassen klar erkennen, gute Bedingungen für Rechtspflege und eine höhere Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger spielen bei den Schnelleinsparattacken der Landesregierung, die diese dann auch noch als großen Wurf verkaufen will, keinerlei Rolle.

Dabei verschließt sich, wie gesagt, niemand notwendigen Veränderungen.

Ziel und Weg dieser Veränderungen müssen jedoch mehr Demokratie und Bürgernähe sein.

Die Thüringer PDS geht davon aus, dass Verwaltung kein Selbstzweck sein darf. Dies haben wir bereits in den „Kommunalpolitischen Leitlinien“ bekräftigt und im September 2003 in Lobenstein festgehalten. Gerade weil wir diesem Grundsatz folgen, gehören zu unseren Leitlinien auch Vorstellungen für eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen.

Diese Debatte ist nicht von heute auf morgen zu führen, da sie sowohl in der Partei wie auch in der Öffentlichkeit von einer großen Meinungsvielfalt gekennzeichnet ist.

Diese Thema, das möchte ich jedoch betonen, kann nicht intern geführt erörtert werden. Wir fordern berechtigter Weise, dass Bürgerinnen und Bürger in viel stärkerem Maße Partner anstatt ausschließlich Adressat staatlichen Handelns sein müssen.

Dies gilt dann selbstverständlich für die Diskussion der Grundsätze, nach denen wir staatliches Handeln verändern wollen.

Wir sollten alles daran setzen, dass schon in der Diskussion zu diesen Fragen die Selbstbestimmung das Maß des Handelns sein kann. Wir können und wollen doch auch hier den Menschen nicht ein- für allemal einen Standpunkt vorsetzen, der dann unverrückbar ist, sondern unsere Vorstellungen mit den Menschen beraten. Dies ist nach unserer Auffassung der richtige Weg, um Staat und Verwaltung so umzubauen, dass Bürgerinnen und Bürger mehr Raum und Möglichkeiten für die eigenverantwortliche Lebensgestaltung erhalten.

Der Landesvorstand schlägt deshalb vor, diese Fragen auf einem Parteitag im April kommenden Jahres gründlich zu beraten. Bis dahin sollten wir vielfältige Möglichkeiten für die Diskussion in der Partei und der Öffentlichkeit nutzen, um unsere Vorstellungen weiter zu qualifizieren.

Anrede!

Der Landesvorstand hat in seinem Antrag „Das Jahr 2006 in den Blick nehmen“ noch einmal die Maxime für die Entwicklung unseres Verständnisses einer „Partei von unten“ hervorgehoben.

Ja, die soziale Verankerung der PDS in der Gesellschaft und die umfassende Einbeziehung der Mitglieder in die Politik- und Strategieentwicklung sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine wirksame linkssozialistische Politik.

Das Engagement unserer über 8500 Mitglieder kann angesichts unserer Wahlerfolge in diesem Jahr nicht hoch

genug eingeschätzt werden. Ihnen, wie allen weiteren Menschen, die uns im Wahlkampf unterstützt haben, möchte ich an dieser Stelle nochmals herzlich danken.

Dennoch stehen wir unübersehbar vor der Aufgabe, neue Mitglieder und Mitstreiter für die PDS zu gewinnen. Die Erwartungen vieler Menschen an die PDS sind gestiegen. Viele spüren mittlerweile, dass sie sich selbst in den Gang der Dinge einmischen müssen, um vor allem die sozialen Werte der Gesellschaft zu erhalten und neu zur Geltung zu bringen.

So haben bei den Kommunalwahlen eine große Anzahl Menschen auf unseren Listen kandidiert, die der Partei nicht angehören, unseren politischen Vorstellungen jedoch sehr nahe stehen.

Mit ihnen sollten wir in aller Offenheit das Gespräch über eine Mitgliedschaft beziehungsweise über ihre engere Mitarbeit in der Partei sprechen.

Wir brauchen ihren Rat, ihre gesellschaftlichen Erfahrungen aus ihrem Arbeitsleben, aus ihrer ehrenamtlichen Gewerkschaftsarbeit, aus der Tätigkeit bei freien Träger oder auch aus der eigenen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit dringend.

Anrede!

Dies setzt allerdings auch voraus, weiter über die Formen und Strukturen unserer politischen Arbeit nachzudenken und sie zu verändern.

Gründlich müssen wir in diesem Zusammenhang über die Arbeit und Organisation der Arbeits- und Interessengemeinschaften nachdenken.

Ihre Zusammensetzung, die Themenauswahl und die Terminplanungen müssen stärker mit der Arbeit des Landesvorstandes und über ihn mit der Landtagsfraktion verbunden werden. Die IG/AG müssen in weitaus stärkerem Maße Brücken zwischen der Gesellschaft und den Gremien der Partei werden als bisher. Dabei kann es natürlich nicht um eine Einbahnstraße gehen.

Der Landesvorstand muss Entwicklung und personeller Zusammensetzung der AG/IG größere Aufmerksamkeit schenken, um über sie einen stärkeren externen Kompetenzgewinn zu erreichen.

In dieser Richtung bedarf es jedoch noch speziellerer Aktivitäten.

Wir benötigen kontinuierlicher den Rat und die produktive Auseinandersetzung mit Experten, Wissenschaftlern aber auch mit Verantwortlichen aus der Sozialarbeit, dem Gesundheitswesen oder aus Schulen und Bildungseinrichtungen.

Es muss uns gelingen, deren Erfahrungen und Positionen unmittelbarer aufzunehmen und unsere eigenen Vorstellungen und Vorhaben an ihrer Meinung zu prüfen. Die Arbeitsformen können sicher verschieden sein. Etwa als Pool von Personen für Einzelkonsultationen oder auch als „wissenschaftlicher Beirat“.

Seit dem Parteitag von Ilmenau vor zwei Jahren ist es durchaus gelungen, mehr Öffentlichkeit in unserer Arbeit zu erreichen. Vor allem im Wahlkampf konnten wir dabei zulegen. Dennoch benötigen wir in diese Richtung mehr Konsequenz bis in die letzte PDS-Struktur hinein.

Das öffentliche Forum auch auf der Ebene des Gebietsverbandes finden wir immer noch zu wenig. Zahlreiche „traditionelle“ PDS-Veranstaltungen im öffentlichen Raum bedürfen neuer Konzepte, um das Interesse an ihnen zu erhalten. Es muss uns zum Beispiel auch außerhalb der Wahlkämpfe gelingen, kulturelle Angebote mit Politik zu verbinden.

Der zukünftige Landesvorstand steht selbst vor der Aufgabe, seine Arbeitsweise den neuen Anforderungen entsprechend zu gestalten. Bewährtes wie etwa die Gliederung in Arbeitsgruppen sollte fortgesetzt werden, anderes ist neu zu konzipieren.

Auch der Landesvorstand sollte in seiner Arbeit, vor allem bei der Diskussion zu inhaltlichen Schwerpunkten, stärker externen Rat einholen. Zur Diskussion stellen sollten wir die Abläufe unserer Parteitage. Mehrere längere Redebeiträge von Vorstandsmitgliedern zu den Themen, die sie vorrangig bearbeiten und strukturierte Diskussionen dazu würden zu einer fundierten Meinungsbildung und der Entscheidungsfähigkeit wesentlich beitragen.

Anrede!

Zur Bedeutung der Mitgliederentwicklung hatte ich bereits gesprochen. Sie muss einen Schwerpunkt in der Arbeit des neuen Vorstandes bilden. Ebenso wichtig ist jedoch die Personalentwicklung. Hier müssen wir auch strukturell verbindlicher arbeiten.

Wir schlagen deshalb vor, zwischen Landesvorstand und Gebietsverbänden eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich mit der Arbeitsfähigkeit der Gremien des Landesverbandes und der Gebietsverbände befasst.

Wir benötigen einen Personalpool, der bis 2009, vor allem aber darüber hinaus zur Verfügung steht. Das betrifft wie gesagt sowohl die Landes-, wie auch die kommunale Ebene und schließt neben den Vorständen auch das Landesparlament und die kommunalen Gebietskörperschaften ein.

In diesem Zusammenhang steht vor dem neuen Landesvorstand die Aufgabe, die politische und gegebenenfalls fachliche Qualifizierung der Vorstandsmitglieder aller Ebenen sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle und der Regionalmitarbeiter kontinuierlich zu ermöglichen.

Anrede!

Der Bundesparteitag der PDS in Potsdam war der Auftakt eines sicher nicht leichten aber sehr chancenreichen Weges, der die PDS 2006 wieder in Fraktionsstärke in den deutschen Bundestag führen wird. Für unsere bundespolitische Ausstrahlung, für mehr Gegenwind zum Einheitskurs des Sozialraubbbaus von SPD/Grünen/CDU/CSU und FDP denn sie haben die Hartz-Gesetze im Parlament beschlossen ist ein solches Wahlergebnis von größter Bedeutung.

Wir haben bei den Wahlen dieses Jahres sehr deutlich gespürt, dass die Menschen, sehr viele Menschen in Thüringen, in Ostdeutschland sehr wohl wissen, dass es im Bundestag wieder eine Fraktion geben muss, die ihre Stimme für den Osten laut erhebt und mit Kompetenz ostdeutsche Interessen vertritt.

Immer wieder wurden wir im Landtagswahlkampf gefragt, wann Gregor Gysi in die Politik zurückkommt. Die Wahlkampfveranstaltungen, auf denen er selbst zu unseren Erfolgen beigetragen hat, haben gezeigt, welche Hoffnungen in ihn und damit in die PDS gesetzt werden.

Es ist mir an dieser Stelle besonders wichtig, Gregor von unserer Parteitag aus die herzlichsten Wünsche für seine Gesundheit zu übermitteln.

Die Chancen für einen Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag im Jahr 2006 stehen wie gesagt nicht schlecht. Doch bis dahin sind wir politisch enorm herausgefordert.

Wir können nicht davon ausgehen, dass wir die Sache schon unter Dach und Fach haben. Wir müssen deshalb in den kommenden zwei Jahren die Botschaften des Potsdamer Parteitages immer wieder in das Zentrum unsere Politik stellen:

Die PDS ist die Partei der sozialen Frage.

Die PDS macht konkrete Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Die PDS sagt ja zu Europa und Nein zum Verfassungsentwurf.

Die PDS steht für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Und schließlich: Die PDS steht als sozialistische Partei konsequent für einen Richtungswechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit.

Deshalb - und weil sowohl die Regierungskoalition wie auch die konservative Opposition auf alle Fragen mit der Antwort Sozialabbau reagieren ist für die von dieser Politik Betroffenen und damit für uns 2006 eben nicht die Frage Rot/grün oder Schwarz/Gelb.

Für uns geht es darum, eine starke linke Oppositionspolitik im Bundestag zu gestalten und dabei muss es auch

bleiben.

In diesem Sinne wollen wir als Thüringer Landesverband unsere Erfahrungen in die Ausarbeitung und Realisierung einer wirksamen Wahlstrategie einbringen.

An dieser Stelle will ich noch einmal bekräftigen:

Wir haben uns vor den Wahlen dieses Jahres auf wichtige landespolitische Schwerpunkte konzentriert, die Menschen im Land bewegen und bewegen.

Wir haben dabei Alternativen entwickelt, mit denen sich viele im Land identifizieren können.

Wir haben deutlich gemacht, dass wir mit diesen Alternativen Landespolitik in Thüringen gestalten wollen und deshalb als zweitstärkste Partei im Land einen Ministerpräsidentenkandidaten aufgestellt haben.

Deshalb haben wir weder Oppositions- noch Regierungswahlkampf betrieben, sondern darauf gesetzt, dass wir in jeder möglichen Konstellation darauf dringen werden, die politische Richtung im Land gemeinsam mit den Menschen zu verändern.

Anrede!

Wir stehen unmittelbar vor dem Jahr 2005. Am 8. Mai kommenden Jahres jährt sich die Befreiung Deutschlands vom Faschismus zu 60. Mal. Dem Parteitag liegt dazu ein gesonderter Antrag vor.

Die Achtung vor diesem Tag und der geschichtlichen Leistung der Anti-Hitler-Koalition, die Millionen Opfer der Naziregimes in ganz Europa, aber auch die Gefahr des Rechtsradikalismus und Neofaschismus in unserer Zeit, gebieten es, diesem Datum besondere Beachtung zu schenken.

So unterschiedlich dieser Tag in Ost und West auch beurteilt wird, er besiegelte den Frieden und das Ende des Völkermordes. Er war Grundlage für den angesichts des verheerenden Krieges historisch legitimierten Versuch, in der DDR die kapitalistische Gesellschaft zu überwinden.

Er war Ausgangspunkt für das Grundgesetz in der Bundesrepublik und letztlich auch für die politischen Entwicklungen nach 1989/90.

Der 8. Mai 1945 ist kein administratives Datum.

Er besiegelt keine Staatsgründung.

Er ist weit mehr, nämlich der Tag an dem Europa, an dem Deutschland wieder eine Zukunft vor sich hatte. Deshalb ist er als Gedenk- und Feiertag unseres Landes von enormer Bedeutung.

Anrede!

Frieden und soziale Gerechtigkeit sind unsere wichtigsten politischen Anliegen. Stärken wir die PDS, unseren Landesverband in solidarischer Gemeinsamkeit und im engen Kontakt mit all jenen Menschen, die mit uns sagen:

Eine andere Welt ist möglich.